

28.02.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Statt halbgarer Zusagen rechtssichere Lösungen: Die Landesregierung darf die Anliegerkommunen der Rahmede-Talbrücke an der A 45 nicht im Regen stehen lassen – Die Region braucht einen verlässlichen Schutz vor Lkw-Transitverkehren

I. Ausgangslage

Seit dem 2. Dezember 2021 leiden Lüdenscheid und zahlreiche umliegende Städte und Gemeinden unter den fatalen Auswirkungen der Sperrung der Rahmede-Talbrücke. Seitdem sorgt der Umleitungs- und Ausweichverkehr für riesige Verkehrsprobleme in Lüdenscheid und Umgebung. Konkret erleben die Anwohnerinnen und Anwohner an den Umleitungsstrecken tagtäglich eine Masse an Schwerlastverkehr, die den bisherigen Anteil am Verkehrsaufkommen im Vergleich zu der Zeit vor der Sperrung um ein Vielfaches übersteigt. Lärm, Schadstoffe und Dreck haben stark zugenommen. Die Lebensbedingungen der Anwohnerinnen und Anwohner sind seit Monaten vollkommen inakzeptabel. Hinzu kommen der durch die tägliche Verkehrslawine entstehende Dauerstau und die zunehmenden Schäden an der örtlichen Straßeninfrastruktur. Aber auch Gebäude entlang der betroffenen Straßen weisen bereits erste Schäden auf.

Auch die heimische Wirtschaft ist in der so wichtigen Industrieregion Südwestfalen stark betroffen. Deutlich verlängerte Anfahrt- und Lieferzeiten sowie gestörte Lieferketten sorgen für große Probleme. Handel und Handwerk sind ebenfalls massiv betroffen, da sie ebenfalls staubedingt leiden, etwa durch ausbleibende Kundschaft oder deutlich längere Anfahrtswege. Die Erreichung der vorgeschriebenen Einsatzzeiten für Feuerwehr- und Rettungskräfte wird durch die ständigen Staulagen erheblich behindert. In ähnlicher Weise wird die Erreichbarkeit der Märkischen Kliniken als gesundheitlicher Maximalversorger in der Region erheblich beeinträchtigt. Insofern ist die Durchsetzung der erforderlichen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung in Teilen nicht mehr realisierbar.

Die betroffenen Kommunen haben sich im Konsens für eine wirksame und nachhaltige Entlastung der Region ausgesprochen. Dabei ist klar, dass lokal begrenzte behördliche Anordnungen wie Durchfahrtsverbote für den Schwerlastverkehr und Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h keine Lösung darstellen. Lokal begrenzte Maßnahmen würden nur dazu führen, dass sich die Verkehrsproblematik in die umliegenden Kommunen innerhalb der Region verschiebt.

Das von den betroffenen Kommunen im Konsens vorgeschlagene Durchfahrtsverbot für den überregionalen Schwerlastverkehr nach §45 StVO, ausgenommen Quell- und Zielverkehre, ist bis heute nicht umgesetzt. Auch hinsichtlich der erforderlichen großräumigen Umleitung des Fernverkehrs über das Netz der Bundesautobahnen Nordrhein-Westfalens gibt es seit

Monaten keine Lösung. Die Diskussion der vergangenen Monate hat gezeigt, dass insbesondere die Frage der Rechtssicherheit entsprechender Regelungen ungelöst im Raum steht.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Situation der Stadt Lüdenscheid und der zahlreichen umliegenden Städte und Gemeinden ist infolge der Vollsperrung der Rahmede-Talbrücke vollkommen unzumutbar.
- Die dringend erforderliche Abhilfe ist durch die betroffenen Kommunen allein nicht zu bewerkstelligen. Hier muss die Landesregierung im Interesse der Menschen sowie der Wirtschaft vor Ort helfen.
- Es braucht ein umfassendes Umfahungskonzept, das die betroffene Region insgesamt vor dem Transitverkehr, mit Ausnahme von Quell- und Zielverkehren, schützt und dies über die Möglichkeiten des §45 StVO hinaus.
- Für eine nachhaltige und rechtssichere Lösung ist eine Abstimmung der Landesregierung mit dem Bundesverkehrsministerium erforderlich.
- In den Abstimmungsprozess müssen die betroffenen Kommunen vor Ort sowie die Wirtschaft der Region einbezogen werden.
- Eine wirksame Entlastung der Region kann nur im Wege von großräumigen Umfahungsstrecken über das Netz der Bundesautobahnen in Nordrhein-Westfalen erfolgen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- aufgrund der Notlage der betroffenen Kommunen und der Wirtschaft in der Region unverzüglich Gespräche mit dem Bundesverkehrsminister aufzunehmen
- auf ein großräumiges Umfahungskonzept für den Transitverkehr über das Netz der Bundesautobahnen in Nordrhein-Westfalen zu dringen und dabei die Quell- und Zielverkehre in der Region auszunehmen
- möglichst zeitnah eine rechtssichere und daher nachhaltige Lösung zum Wohl der Kommunen der Region zu finden
- die betroffenen Kommunen und die Wirtschaft vor Ort am Abstimmungsprozess mit dem Bundesverkehrsminister zu beteiligen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Alexander Vogt
Gordan Dudas

und Fraktion